

An den Rat der Stadt Emden
Herr Oberbürgermeister
Alwin Brinkmann
Die Fraktionen der
SPD – CDU – FDP - GRÜNE

Frickensteinplatz 2

26725 Emden

Wilfried Graf

Ratsherr **DIE LINKE.** Emden

Anschrift: Ringstr.38 • 26725 Emden

Tel: 04921-360617

Email: graf@die-linke-emden.de

Wilfried Graf • Ringstrasse 38 • 26725 Emden

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Datum:

20. März 2007

Betr.: - Antrag der Fraktion *DIE LINKE.* Emden auf Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung von Schulmaterialien für Kinder von ALG II EmpfängerInnen in der kreisfreien Stadt Emden -

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren,**

die meisten Kinder freuen sich zu Beginn eines neuen Schuljahres bestimmt schon auf die Schule. Für andere jedoch beginnt das neue Schuljahr mit Sorgen und Angst, oft sind sogar schon die Sommerferien getrübt. Denn alle Jahre wieder flattert Eltern schulpflichtiger Kinder kurz vor den Sommerferien eine Aufstellung ins Haus, welche Bücher und anderen Schulmaterialien für das neue Schuljahr anzuschaffen sind. Eine Liste, an deren Ende die Eltern feststellen, dass sie - je nach Schulstufe - 150 bis 300 Euro pro Kind aufbringen müssen.

Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen, geraten in Not, weil in den Regelsätzen des ALG II für die Schulbildung ihrer Kinder kein Cent vorgesehen ist.

Das haben diejenigen, die sich diese Reform ausdachten, nicht berücksichtigt. Die Kosten der allgemeinen Schulpflicht wurden bei der ganzen Hin- und Herrechnerei um die Regelsätze nicht bedacht – ob mit oder ohne Absicht. Im Klartext heißt das: Mit 207 Euro (Kinder bis 14) oder 276 Euro (Kinder ab 14) – **das Kindergeld wird voll auf diese Sätze angerechnet** – sollen Nahrung, Kleidung, Strom und einiges Andere bezahlt werden. Die Kosten für die (Schul) Bildung der Kinder und Jugendlichen sind darin nicht vorgesehen. - **Kindergeld steht nicht wie bei anderen Familien zusätzlich zur Verfügung.** –

Eltern geben für ein Kind, je nach Schulstufe und Ereignis unterschiedlich viel aus. So sind die Kosten z.B. bei der Einschulung eines Kindes höher als bei einem Klassenwechsel innerhalb der Schulstufe. Für Arbeitshefte, Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Malutensilien, Kopiergeld, Klassenkasse, geeignete Bekleidung für den Sportunterricht usw. kommen oft mehr als 100 Euro zusammen. Stehen besondere Anschaffungen wie zum Beispiel der grafikfähige Taschenrechner an, werden daraus auch schnell schon einmal 300 Euro pro Kind. Die Eltern wissen nicht, wovon sie die Sachen bezahlen sollen, aber die **ARGE EMDEN** lehnt Anträge auf Beihilfen ab und verweigert bis auf wenige Ausnahmen jede Unterstützung mit dem Hinweis, dass alle Kosten mit den Regelsätzen abgedeckt seien.

Hier wird ein dringender Handlungsbedarf auf bundespolitischer Ebene deutlich. Aber auch sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brinkmann und meine geschätzten Ratskolleginnen und Ratskollegen von den anderen Fraktionen, wir können hier auf kommunalpolitischer Ebene etwas dafür tun, dass wir in unserer Stadt Emden der zunehmenden **KINDERARMUT** gemeinsam den Kampf ansagen wollen.

In unser Stadt Emden leben laut Statistikbericht vom September 2006 der Bundesagentur für Arbeit knapp 3300 sogenannte Bedarfsgemeinschaften in denen wiederum 1900 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren akut von **KINDERARMUT** betroffen sind. Emden liegt damit zwar nicht an der negativen Spitze was

den prozentualen Anteil armer Kinder in Niedersachsen betrifft, jedoch mit 22 % deutlich über dem niedersächsischen Durchschnitt von 13,6 % . Emden bewegt sich damit schon im oberen Drittel, ebenso wie Wilhelmshaven oder beispielsweise die Stadt Delmenhorst.

Ein Vergleich der jetzigen Regelsätze für Kinder und Jugendliche gegenüber der letzten Form gezahlter Sozialhilfe zeigt auf, dass es für Kinder und Jugendliche **reale Einbußen durch Hartz IV** gibt. Ein ehrlicher Vergleich berücksichtigt nämlich, dass in der früheren Sozialhilfe für Kinder und Jugendliche der Anteil „einmaliger Beihilfen“ am Regelsatz faktisch 20 % betrug. Der Begriff „einmalige Beihilfe“ ist insofern irreführend, weil es sich überwiegend um regelmäßig wiederkehrende Leistungen wie Bekleidungsgeld, Schulkostenbeihilfe, Weihnachtsbeihilfe, Haushaltsgeräte u.w. handelte. **In Zahlen ausgedrückt :** Für die Gruppe der 7 bis 13-jährigen bedeutet dies eine Absenkung des Regelsatzes von 230,40 auf 207 Euro, für die Gruppe der 14 bis 18-jährigen eine Absenkung von 319,20 auf 276 Euro. Bei dieser Gruppe wurde sogar noch mehr gekürzt – gleichwohl man bei den 14 bis 18-jährigen von einem höheren Bedarf ausgehen muss.

Konkrete Lösungen sind auf der kommunalpolitischen Ebene möglich !

Jetzt, wo die gesellschaftliche Ausgrenzung von Unterschichten neu „entdeckt“ wird, wo eine weitere Verwahrlosung von Kindern droht, wo klar ist, dass in keinem anderen Land die Bildungschancen derart von der sozialen Herkunft abhängen wie in Deutschland, scheinen Politikerinnen und Politiker nur hilflos und ohnmächtig zu lamentieren : Frühförderung, Prävention, Bildung rauf und runter ... Hier wäre Gelegenheit, den verbalen Beteuerungen Taten folgen zu lassen – konkrete Lösungen auf der kommunalpolitischen Ebene sind möglich. –

Da die nächste Ratssitzung in Emden erst im Mai 2007 stattfinden wird soll dieser Antrag erst in den jeweiligen Fachausschüssen (Gesundheit und Soziales – Verwaltungsausschuss) beraten werden, und dann dem Rat der Stadt Emden in seiner Sitzung im Mai 2007 zum Beschluss vorgelegt werden.

Die Fraktion **DIE LINKE. Emden** macht dazu Vorschläge und stellt folgenden Antrag an den Rat der Stadt Emden:

Der Rat der Stadt Emden möge beschließen:

Die Stadt Emden soll **einen kommunalen Lehrmittelfonds** einrichten, der von der **ARGE Emden** verwaltet wird und aus dem der Bedarf an Schulmaterial für betroffene Kinder und Jugendliche als Zuschuss gewährt wird.

Möglichkeiten der ARGE Emden:

Die Arge wird zur Hälfte von der Agentur für Arbeit, zur anderen Hälfte von der Stadt verwaltet. Darüber hat die Stadt Emden einige Spielräume bei der Gestaltung und Umsetzung des SGB II vor Ort.

§ 44 SGB II ermöglicht die darlehensweise Bewilligung eines Zuschusses bei gleichzeitigem Erlassen der Erstattung des Anspruches, wenn der zusätzliche Bedarf nicht mutwillig oder gar fahrlässig herbeigeführt wurde und die Einbeziehung des darlehensweise bewilligten Betrages eine unbillige Härte bedeuten würde. Davon kann man bei Ausgaben von Schulmaterialien ausgehen.

Die Eltern stellen also einen Antrag auf ein Darlehen für Schulmaterialien und bezahlen damit die Kosten für diesen notwendigen Bedarf. **Die ARGE Emden soll diese Darlehen den Kindern von ALG II EmpfängerInnen gewähren und verzichtet dann gemäß § 44 SGB II auf die Rückzahlung dieses Darlehens.**

Die Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien ist eine Grundvoraussetzung für das Recht auf Bildung und für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht – und es ist eine Schande, dass nicht allen SchülerInnen selbstverständlich diese Ausstattung zur Verfügung gestellt wird !

Die Bundesministerin für Familie, Ursula von der Leyen, sagte in einer ihrer Reden im deutschen Bundestag :

„Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gibt es keine wichtigere Aufgabe als die zugewandte, verlässliche und kompetente Unterstützung aller Kinder, die in diese Gesellschaft hineinwachsen.“

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren,**

ich bitte sie diesem Antrag der Fraktion **DIE LINKE.** zuzustimmen, es ist dringend notwendig gegen **KINDERARMUT** in unserer Stadt Emden vorzugehen, **damit Bildung nicht zur Frage der sozialen Herkunft in unserer Stadt wird !**

Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht vom Einkommen ihrer Eltern abhängen !

Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht davon abhängig sein, ob ihre Eltern erwerbslos sind oder nicht !

Zur Frage der Finanzierung stellen wir uns vor:

Es gibt ca. 1300 schulpflichtige Kinder in Emden, die von ALG II Geld mit ihren Eltern leben müssen. Zum Start und zur Erprobung sollte der Fonds mit ca. 130.000 Euro eingerichtet werden, so dass für jedes Kind bzw. Jugendlichen durchschnittlich 100 Euro pro Schuljahr zur Verfügung stehen. Sollte sich herausstellen das der Bedarf höher ist, müsste der Fonds entsprechend aufgestockt werden.

Die Fraktion **DIE LINKE. Emden** möchte einen Teil der Finanzierung aus den mehr zu erwartenden Gewerbesteuerereinnahmen decken, zum anderen Teil wäre zu prüfen in wie weit Bundesmittel der Agentur für Arbeit dafür eingesetzt werden können. Ebenso hat die Kommune mehr Einnahmen vom Land Niedersachsen für 2007 zu erwarten, wenn es möglich ist könnte auch hier ein Teil zur Finanzierung aus diesen Mitteln bereitgestellt werden. Vielleicht findet sich ja auch noch ein Betrag zur Bereitstellung für diesen Fonds im Haushaltsetat 2007 wieder, so dass ab dem neuen Schuljahr im Sommer 2007 den bedürftigen Kindern und Jugendlichen geholfen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Wilfried Graf

(Ratsherr **DIE LINKE.** Emden)